

Datum: 25.09.2024

Autor: Magdalena Martullo-Blocher\*

## Berner Politik

# Keine Tourismus-Verschlechterung

**Magdalena Martullo-Blocher\***

zur tieferen Mehrwertsteuer für Beherbergungen



Die Exportnation Schweiz beliefert die Welt nicht nur mit Waren, sondern verkauft auch Dienstleistungen. Der Tourismus gehört dabei zu den grössten «Exporteuren». Rund 55 Prozent der Übernachtungen in der Schweiz entfallen auf ausländische Gäste. Seit Covid ist der Reisetourismus weltweit stark gewachsen. Da am Tourismus viele Beschäftigte hängen und er auch in Gegenden ausserhalb der grossen Städte Einkünfte bietet, wird er in den meisten Ländern staatlich unterstützt. In der Schweiz übernimmt diese Rolle etwa Schweiz Tourismus mit ihrer Werbung und der Bund und die Kantone mit den Regionalprogrammen.

Die Schweiz hat hohe Löhne und Kosten, was Reisen für Gäste aus anderen Ländern teuer macht. Dazu kommt noch ein starker Schweizer Franken. Um diese Nachteile etwas abzufedern, gilt für «Beherbergungen» seit 1996 ein reduzierter Satz bei der Mehrwertsteuer. Statt wie normal 8,1 entfallen für

Übernachtungen nur 3,8 Prozent Umsatzsteuer. Dieser Sondersatz wurde jedoch befristet eingeführt. Seit seiner Einführung wurde er bereits sechsmal verlängert (zuletzt war ich selber im Parlament dabei). Er ist jetzt noch bis 2027 gültig. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Hotellerie nicht zu schwächen, soll der reduzierte Satz wieder verlängert werden. Meine SVP-Ständeratskollegin Esther Friedli hat bereits einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, der nun in der Session behandelt wird.

Die Mehrwertsteuerreduktion ist in den meisten Ländern etwa gleich hoch oder gar höher als in der Schweiz. In Italien, wo vergleichbare Leistungen zudem viel günstiger angeboten werden, beträgt die Umsatzsteuer in der Hotellerie 10 statt der üblichen 22 Prozent. Gerade für den Grenzkanton Graubünden ist die Weiterführung des Sondersatzes relevant. Fast die Hälfte aller Arbeitsplätze hängen hier am Tourismus, in vielen Tälern ist er ein wirksames Instrument gegen die Abwanderung.

Der Bundesrat hingegen möchte die Mehrwertsteuer vereinheitlichen, und zwar auf den höheren, nicht den tieferen Satz. Er erhofft sich dadurch Mehreinnahmen von 270 Millionen Franken und hat diese bereits im Finanzplan ab 2028 so eingeplant. Ohne Frage ist der Bundeshaushalt aus dem Lot geraten und

braucht dringend Entlastung. Es geht aber vergessen, dass der Bund nicht ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat! Die Ausgaben haben sich seit 2000 fast verdoppelt, von 47,1 auf 85,7 Milliarden. Es ist deshalb richtig, dass die Sparvorschläge der Expertengruppe um Serge Gaillard, dem ehemaligen Direktor der Finanzverwaltung, den Rotstift auch bei den Ausgaben ansetzen. Es liegen bis 2027 Vorschläge für weniger Ausgaben von bis zu vier Milliarden Franken pro Jahr vor. Auch weitergehende Kürzungen, etwa im Asylbereich, bei der Entwicklungshilfe oder den Löhnen der Bundesverwaltung, wären noch möglich.

Der Durchschnittslohn in der Bundesverwaltung beträgt mittlerweile 120 000 Franken und liegt damit fast 50 Prozent über jenem im Tourismus. Im Gegensatz zu unseren Beamten erwirtschaftet der Tourismus aber einen Umsatz von jährlich rund zehn Milliarden Franken. Ohne reduzierte Mehrwertsteuer riskiert die Schweiz, ausländische Gäste und damit Einnahmen zu verlieren. Auch die aussenpolitische Ausstrahlung der «wunderschönen Schweiz» würde geschmälert. Ich werde mich deshalb für eine weitere Verlängerung in Bern einsetzen.

\* Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte zu Wort.